

Brückenfunktion in der Anfangsphase der Wirtschaftsreform und Öffnung gespielt. Inzwischen würden immer mehr multinationale Unternehmen nach China gehen und eine Konkurrenz zu den auslandschinesischen Unternehmen bilden. (XNA, 20.9.01)-schü-

Binnenwirtschaft

17 „Konjunktorentwicklung durch globale Situation beeinträchtigt“

Ende August d.J. räumte Zeng Peiyan, Leiter der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission ein, dass die größte Herausforderung für China die schwierige globale Wirtschaftssituation sei. Seit Mitte des letzten Jahres sei die US-Wirtschaft langsamer gewachsen, die japanische Wirtschaft kämpfe mit einer Rezession, und auch die EU-Wirtschaft sehe sich rückläufigem Wachstum und Inflation gegenüber. Diese Faktoren hätten die Nachfrage nach chinesischen Exporten gedämpft. Durch die Abwertung in einigen Ländern sei außerdem die preisliche Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte auf dem Weltmarkt geschwächt worden. Während das Exportwachstum im Januar noch 13,7% betragen habe, konnte im Juni nur noch eine Steigerung der Exporte von 0,6% erreicht werden.

Zeng rechnet damit, dass sich die Auswirkungen schon bald zeigen werden. Durch den Rückgang des Exportwachstums müsse mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und Entlassungen in den Staatsunternehmen gerechnet werden. Auch die Inlandsnachfrage entwickle sich nicht wie erwartet, da die Einkommen der Bauern stagnierten und sich der Anteil der städtischen Bevölkerung mit niedrigen Einkommen ausweitete. Allerdings gab Zeng noch keine Einschätzung ab, in welchem Umfang die für dieses Jahr geplante Wachstumsrate von 7% gefährdet ist.

Um ein hohes Wachstum beizubehalten, forderte Zeng eine Anpassung der ländlichen Wirtschaftsstruktur, um die bäuerlichen Einkommen

zu erhöhen, sowie Fortschritte beim Aufbau der Infrastruktur und eine weitere Expansion der Anlageinvestitionen. Weiterhin sollten Konsumanreize erhöht und Marktverzerrungen reduziert werden. (XNA, 31.8.01; AWSJ, 31.8.01)

Der Internationale Währungsfonds geht von einem Wirtschaftswachstum für das Jahr 2001 aus, das mit 7,5% unter der 8%-Marke des Vorjahres liegen wird. Zwar seien die kurzfristigen Entwicklungsperspektiven Chinas durchaus positiv zu beurteilen, doch dämpfe die weltwirtschaftliche Konjunktur das Wachstum in diesem Jahr. Der Währungsfonds prognostiziert einen Anstieg der Inflation auf rd. 1%, der vor allem auf eine Verteuerung von Dienstleistungen zurückgeführt wird. (XNA, 26.8.01)

Wang Xiaoqing, stellvertretender Direktor des Nationalen Statistikamtes in China geht davon aus, dass die Preise vieler Schlüsselprodukte und -dienstleistungen die Talsohle durchschritten hätten. Die Verbraucherpreise seien 1998 um 0,8% und 1999 um 1,4% gefallen; im Jahre 2000 konnte ein Anstieg der Verbraucherpreise um 0,3% registriert werden. Allerdings sei die Preisentwicklung, die eng an die Entwicklung der Staatsunternehmen gebunden sei, sehr sensibel gegenüber schockartigen Einflüssen. Diese könnten durch einen deutlichen Rückgang der Exporte, extrem gute Ernten bzw. hohe Ernteaufschläge auftreten. Sollten in diesen Bereichen keine größeren Veränderungen auftreten, sei mit einer Teuerungsrate von 1-2% zu rechnen. In den ersten sechs Monaten d.J. war die Inflationsrate (Verbraucherpreise) um 1,1% gestiegen.

Ausländische Analysten sehen die Wachstumschancen Chinas jedoch nach wie vor sehr positiv. Der Chefökonom von Morgan Stanley Dean Witter, Stephen S. Roach, bewertet die chinesische Wirtschaft als unverwundlich, Chinas Wirtschaft ... „never stood taller, both within Asia, as well as in the broader global economy.“ Die globale Rezession habe die Entwicklung Chinas bisher nicht beeinflusst.

Obwohl die Exporte zurückgegangen seien, werde China weniger vom US-amerikanischen Nachfragezyklus von Informationstechnologie beeinflusst, da diese Produkte ledig-

lich 30% der gesamten Ausfuhren Chinas ausmachten. Von Vorteil sei, dass China im Rahmen des Outsourcing eine zunehmend bedeutende Rolle bei der Produktion von Konsumgütern für den japanischen Markt übernommen hat und für viele multinationale Unternehmen zu einem wichtigen Produktionsstandort geworden ist. Auch den strukturellen Wandel beurteilt Roach als positiv, insbesondere den der Staatsunternehmen, des Kapitalmarkts sowie im Bereich der sozialen Absicherung. Darüber hinaus werde mit dem WTO-Beitritt eine Beschleunigung der Transformation einsetzen. (XNA, 31.8.01)

Ausländische Analysten beurteilen die Wirtschaftsentwicklung in China auch im Vergleich zu den asiatischen Nachbarn als positiver. Während China in den ersten sieben Monaten noch ein Exportwachstum von 8,7% aufweisen konnte, seien die Ausfuhren der übrigen Länder in der Region mit Ausnahme Japans zurückgegangen. Singapur, Taiwan und Japan hätten außerdem im 2. Quartal d.J. ein negatives Wirtschaftswachstum verzeichnet, die übrigen Länder in der Region einen deutlichen Rückgang des BIP-Wachstums. (FT, 10.9.01)-schü-

18 Wirtschaftsforum zur Entwicklung Westchinas

Anfang September wurde in Xi'an, Hauptstadt der Provinz Shaanxi, ein Wirtschaftsforum zum Thema „Investitionsbedingungen in der Westregion und die Öffnung der Westregion“ abgehalten. Teilnehmer waren Vertreter der Zentralregierung und der verschiedenen Lokalregierungen.

Li Zibin, stellvertretender Direktor des Büros für die Entwicklung der Westregion beim Staatsrat, wies auf die enormen finanziellen Mittel hin, die für die Entwicklung der Westregion nötig werden. Aufgrund der beschränkten staatlichen Mittel müsse Li zufolge auf ausländisches Kapital sowie auf Mittel aus der Gesellschaft (vom Kapitalmarkt?) zurückgegriffen werden. Hierfür sei eine Verbesserung der Investitionsbedingungen erforderlich. Neben der Verbesserung der Infrastruktur müssten auch Fortschritte bei „weichen“ Investitionsbedingungen gemacht werden wie beispielsweise

se hinsichtlich eines rechtskonformen Verhaltens, effizienter Verwaltung, bei der Übernahme neuer ideologischer Konzepte und beim Schutz der Interessen ausländischer Investoren.

Auf dem Wirtschaftsforum wurde auch die Frage nach dem Stellenwert von staatlichen Steuer- und sonstigen Vergünstigungen zur Verbesserung des Investitionsrahmens diskutiert. Hierzu erklärte der stellvertretende Gouverneur der Provinz Shaanxi, Jia Zhibang, dass die chinesischen und ausländischen Investoren stärker an der Verbesserung des rechtlichen Rahmens und der Arbeitseffizienz der Lokalregierungen interessiert seien. Mit dem WTO-Beitritt sei außerdem die Zuweisung von Sonderrechten für einzelne Regionen nicht mehr in demselben Maße wie früher möglich.

Li kündigte an, dass sowohl die Genehmigungsverfahren für inländische als auch für ausländische Investitionsprojekte in der Westregion vereinfacht würden. Eine Reihe von Provinzen und Städten in Westchina haben bereits Genehmigungsverfahren so vereinfacht, dass eine einzige Verwaltungsstelle dafür zuständig ist. Gleichzeitig haben sie auch Förderzentren für Auslandsinvestitionen sowie Beschwerdestellen eingerichtet. (BBC PF, 5.9.01)

Die Frage der Verbesserung der Investitionsbedingungen kann nicht unabhängig von den nach wie vor starken Entwicklungsunterschieden gesehen werden. Für die meisten multinationalen Unternehmen bestimmen nicht die Arbeitskosten die Investitionsentscheidungen, sondern die Qualifikation der Arbeitskräfte, Transport, Telekommunikation, die Effizienz der lokalen Behörden, ein relativ weit entwickelter Industriesektor und das soziale Umfeld ihres leitenden Angestellten vor Ort.

Bei all diesen Faktoren weist Westchina als Region insgesamt nach wie vor starke Defizite aus. Allerdings gibt es innerhalb der Gruppe von Provinzen und Autonomen Gebieten große Unterschiede – so gelten die Städte Chongqing, Xi'an und Chengdu als deutlich besser ausgestattet mit diesen Faktoren, sodass von den ausländischen Unternehmen dort bereits eine größere Zahl zu finden ist. Insgesamt

gibt es Schätzungen zufolge rd. 80 multinationale Unternehmen, die im Westchina eine Repräsentanz gegründet haben – also eher noch einen Beobachtungsposten einnehmen – sowie 57 Unternehmen, die Direktinvestitionen durchgeführt haben. Zu diesen Unternehmen zählen beispielsweise Coca Cola, McDonald, die französische Supermarktkette Carrefour, United Technologies Corp., ABB etc. In den Klagen der ausländischen Unternehmen mit Problemen in Westchina, stehen Defizite in der Transportinfrastruktur im Vordergrund („Go West' campaign gets mixed reviews from foreign investors“, in: chinaonline, 30.5.01)

Einer Untersuchung des Entwicklungsforschungszentrums beim Staatsrat von Mitte 2000 zufolge, bestehen die größten Entwicklungsunterschiede zwischen West- und Ostchina in den folgenden Bereichen

- niedriges Wirtschaftsniveau insgesamt und pro Kopf – Westchina trägt nur 14% zum gesamten BIP bei;
- starke Abhängigkeit von der Landwirtschaft und eine im Durchschnitt relativ schlecht entwickelte Industrie;
- Unterschiede in der Infrastruktur. In Westchina kommen beispielsweise auf 100 km lediglich 0,55 km Eisenbahnstrecke und 7 km Autobahnen – wesentlich weniger als in Ost- und Zentralchina;
- starke Unterschiede im Einkommens- und Konsumniveau. 1998 lag das Pro-Kopf-Einkommen der Städter in Westchina bei 4.305 Yuan, rd. ein Drittel weniger als der nationale Durchschnitt; und
- Unterschiede im Niveau von Bildung, Wissenschaft, Technologie und kultureller Entwicklung. Die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung beliefen sich beispielsweise in Westchina auf 147 RMB, das waren ebenfalls ein Drittel weniger als im nationalen Durchschnitt.

(„Despite abundant resources, western China lags behind east when it comes

to economics, study says“, in: chinaonline, 18.7.00) -schü-

19 Bankenrestrukturierung geht weiter

Ende August wurde eine lokale Geschäftsbank in der Stadt Shantou von der Zentralregierung geschlossen. Die Shantou City Commercial Bank war von der Lokalregierung der SWZ Shantou gegründet worden, die in unmittelbarer Nähe zu Hongkong liegt. Die Schließung der Bank erfolgte mit der Begründung, dass die Bank insolvent geworden ist. Die Bank ist durch die Zusammenfassung von 13 städtischen Genossenschaftsbanken im Jahre 1997 gebildet worden und mit einem Vermögen von rd. 1 Mrd. Yuan relativ klein.

In einem Beitrag in der *Financial Times* vom 29.8.01 wird auf die Hintergründe für die Insolvenz der Bank hingewiesen. Im Zentrum des Problems stehe die Möglichkeit für Lokalregierungen, Banken zu gründen und zu kontrollieren. Aufsichtsbehörden hatten bereits 14 Untersuchungen vorgenommen, in denen Korruptionsvorwürfe gegen die Bank erhoben worden waren. Zu den Vorwürfen zählten die nicht genehmigte Kreditvergabe, die irreguläre Nutzung des Interbankenmarktes, Hinterziehung von Zinsen der Kunden, Vergabe von Krediten, die nicht gebucht wurden, Nutzung gefälschter Sicherheiten etc.

Den Untersuchungen folgte dann im Jahr 1999 die Entscheidung der Lokalregierung, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst langfristige Spareinlagen für die Bank bereitstellen sollten. Außerdem wurden die Lokalunternehmen aufgefordert, die Bank zu unterstützen. Allerdings hätten diese Maßnahmen nicht dazu beigetragen, das Vertrauen in die Bank wiederherzustellen. Ob die Bank nach der Schließung wieder tätig werden darf, ist noch nicht bekannt. Die Lokalregierung Shantou hat angekündigt, die privaten Einleger aus dem lokalen Haushalt zu kompensieren. (FT, 29.8.01)

Neben der Schließung insolventer Finanzinstitute zielt die Restrukturierung auf eine Ausweitung der Kapitaldecke der großen Staatsbanken. So kündigte Dai Xianglong, Zentralbankpräsident, die Emission von rd.

400 Mrd. Yuan als Finanzanleihen der Banken an, die für private Anleger ausgegeben werden. Die Anleihen werden Dai zufolge eine lange Laufzeit haben und voraussichtlich im nächsten Jahr begeben werden. (FT, 7.9.01) -schü-

SVR Hongkong

20 Erster Putonghua-Tag

Analog zur „nationalen Putonghua-Woche“ auf dem Festland, die in China jedes Jahr landesweit in der zweiten Septemberwoche veranstaltet wird, um insbesondere in Südchina den Gebrauch der Allgemeinsprache (Hochchinesisch) zu fördern und die Dialekte im öffentlichen Sprachgebrauch zu verdrängen, wurde am 13. September auch in Hongkong zum ersten Mal ein Putonghua-Tag begangen. Auf einer Eröffnungszereemonie hob der Regierungschef Tung Chee-hwa hervor, wie wichtig die fließende Beherrschung des Putonghua für die Hongkonger Bevölkerung sei. Als chinesische Bürger, so sagte er, seien die Hongkonger verpflichtet, die chinesische Hochsprache zu lernen. Putonghua sei ein nützliches Instrument der Kommunikation mit den Landsleuten auf dem Festland, zumal die partnerschaftlichen Beziehungen mit dem Festland auf solchen Gebieten wie Handel, Tourismus, Bildung und Kulturaustausch immer enger würden. Die Beherrschung des Hochchinesischen trage dazu bei, die chinesische Kultur besser zu verstehen und das Gefühl der Identität zu stärken. Auch für die wirtschaftliche Entwicklung Hongkongs sei die Allgemeinsprache wichtig. Gerade im Hinblick auf den bevorstehenden WTO-Beitritt böten sich für Hongkong enorme Chancen. Doch um diese optimal zu nutzen, um Hongkongs Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, um Hongkong zu einer asiatischen Weltstadt werden zu lassen und die Funktion als Brücke zwischen dem Festland und der übrigen Welt wahrnehmen zu können, sei die Beherrschung des Putonghua unerlässlich. Tung Chee-hwa wies darauf hin, dass sich die Hongkonger Regierung bemühe, die Sprachkompetenz

der Schüler und Studenten zu erhöhen und zwei- oder dreisprachig zu werden. Putonghua gehöre seit 1998 auf der Grund- und Sekundarschule zu den Kernfächern. Auch die Fortbildung der Putonghua-Lehrer werde gefördert. Doch das Lernen in der Schule reiche allein nicht aus. Der Gebrauch des Putonghua im Alltagsleben müsse weiter verbreitet werden. (XNA, 14.9.01) Bevor Hochchinesisch tatsächlich in Hongkong auf der Straße gesprochen wird, werden allerdings noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vergehen, denn drei Viertel der Hongkonger Bevölkerung sind älter als 25 Jahre, und sie werden kaum in der Lage oder bereit sein, ihre Sprachgewohnheiten zu ändern. -st-

SVR Macau

21 Wahlen zur Legislativversammlung

Am 23. September fanden die Wahlen zur 2. Legislativversammlung der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM) statt. Es war die erste Parlamentswahl nach der Rückgabe Macaus an China Ende 1999. Die Amtszeit der im September 1996 gewählten 1. Legislativversammlung läuft im Oktober aus. Die Versammlung besteht aus 23 Mitgliedern: acht direkt gewählten, acht indirekt gewählten und sieben vom Regierungschef (damals der Gouverneur) ernannten Mitgliedern. Die Amtszeit dauert bis zum 15. Oktober 2001. Dies ist in der „Entscheidung des Nationalen Volkskongresses über das Verfahren für die Bildung der ersten Regierung, der ersten Legislativversammlung und der ersten Justizverwaltung der SVR Macau“ festgelegt, die am 31. März 1993 auf der 1. Sitzung des VIII. NVK angenommen wurde. Das am 22. September 1996 für vier Jahre neu gewählte Parlament blieb sogar über die Wende 1999/2000 (Gründung der SVRM) hinaus noch ein Jahr länger bestehen, da es zwischen Beijing und Lissabon – ganz im Gegensatz zu Hongkong – keinen Streit um die Struktur der Legislativversammlung gab.

Nach Anhang 2 des Grundgesetzes (*Basic Law*) der SVRM – „Verfahren für die Bildung der Legislativversammlung der SVR Macau“ – besteht die 2. Legislativversammlung aus 27 Mitgliedern: zehn direkt und zehn indirekt gewählten sowie sieben vom Regierungschef ernannten Mitgliedern. Sie hat eine Amtszeit von vier Jahren. Die 3. Legislativversammlung, die 2005 gewählt wird, wird 29 Mitglieder umfassen: Statt zehn werden dann 12 Mitglieder direkt gewählt.

Für die Wahlen hatte sich die Rekordzahl von 160.204 Wählern registrieren lassen. Am 8. Oktober wurde das amtliche Wahlergebnis veröffentlicht. Bei den direkten Wahlen gaben 83.644 Wähler (52,34% der registrierten Wähler, fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung) ihre Stimme ab; davon waren 80.978 gültig und 2.116 ungültig, 550 Wahlzettel blieben unausgefüllt. (1996 hatte es mit 64,38% eine relativ hohe Wahlbeteiligung gegeben. 74.964 der 116.000 registrierten Wähler waren damals zur Urne gegangen.) Bei den indirekten Wahlen votierten 1.443 Repräsentanten von 625 Rechtspersonen (Vereinigungen, die die Interessen von Geschäftsleuten, Fachleuten, Arbeitern, Anwohnern und der Wohlfahrt, Kultur, Bildung und des Sports vertreten).

Insgesamt stellten sich 106 Personen auf 19 Kandidatenlisten zur Wahl, 96 Kandidaten auf 15 Listen der Direktwahl (das bedeutet Rekord nach Einführung der Direktwahl im Jahr 1976), und zehn Kandidaten auf vier Listen der indirekten Wahl. Es gibt keine individuellen Kandidaten, sondern nur Listenwahl von Gruppen. In 169 Wahlstationen – einschließlich einer im Gefängnis – konnte von 9 Uhr bis 20 Uhr gewählt werden. Die Kandidaten warben für sich im Wahlkampf, der vom 8. bis 21. September dauerte, im Fernsehen, in den Zeitungen und auf Straßentafeln. Die Wahlen verliefen geordnet. Es gab keine gegenseitigen Attacken der Kandidaten, und die Kommission gegen Korruption suchte Bestechungsversuche der Wähler gering zu halten. Bei den Parlamentswahlen 1996 waren viele Unregelmäßigkeiten wie Stimmenkäufe vorgekommen; dies ist auch eine Erklärung für die Diskrepanz in der Höhe der Wahlbeteiligung damals und heute.